

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Katrin Kunert, Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 16/10264 –

Sozialticket für die Deutsche Bahn AG

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, darauf hinzuwirken, dass ein Sozialticket für die Deutsche Bahn AG (DB AG) eingeführt wird, um Bezieherinnen und Beziehern bedürftigkeitsgeprüfter Transferleistungen Mobilität im öffentlichen Fernverkehr zu ermöglichen, wobei das Sozialticket der Bahncard 25 entsprechen und für Anspruchsberechtigte 5 Euro kosten soll.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/10264 abzulehnen.

Berlin, den 12. November 2008

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Uwe Beckmeyer
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Uwe Beckmeyer

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/10264** in seiner 179. Sitzung am 25. September 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit und den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen die Forderung, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, darauf hinzuwirken, dass ein Sozialticket für die Deutsche Bahn AG eingeführt wird, um Bezieherinnen und Bezieher bedürftigkeitsgeprüfter Transferleistungen Mobilität im öffentlichen Fernverkehr zu ermöglichen. Das Sozialticket soll dabei der Bahncard 25 entsprechen und die Anspruchsberechtigten sollen es für 5 Euro erhalten können.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/10264 in seiner 74. Sitzung am 12. November 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 89. Sitzung am 12. November 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 103. Sitzung am 12. November 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag in seiner 66. Sitzung am 5. November 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag in seiner 99. Sitzung am 12. November 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 12. November 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ablehnung empfohlen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat den Antrag auf Drucksache 16/10264 in seiner 73. Sitzung am 12. November 2008 beraten.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass die Kosten eines Sozialtickets letztlich immer der Allgemeinheit über höhere Steuern oder höhere Preise zur Last fallen würden. Zudem sei es ungerecht, ein Sozialticket für Empfänger bedürftigkeitsgeprüfter Transferleistungen einzuführen, während Personen, die – etwa aus Arbeitseinkommen oder Renten – kaum höhere Einkünfte bezögen, davon nicht profitierten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** vertrat die Auffassung, dass Recht auf Freizügigkeit sei nur umsetzbar, wenn es auch materiell unterlegt sei. Es sei nicht gerechtfertigt, dass von ihr vorgeschlagene Sozialticket niemandem zugute kommen zu lassen, weil es für bestimmte Gruppen noch keine Entlastung darstelle. Zur Frage der Finanzierung bemerkte sie, wenn die DB AG zur Fußballweltmeisterschaft eine Bahncard 25 für 19 Euro anbieten könne, werde auch ein Sozialticket keine hohen Defizite verursachen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, sie stehe der Einführung eines Sozialtickets vor dem Hintergrund der Höhe der Anteile für Mobilität an den Hartz-IV-Regelsätzen grundsätzlich positiv gegenüber. Sie könne aber dem Antrag in der vorliegenden Form nicht zustimmen, denn man könne ein solches Sozialticket nicht nur auf die DB AG beschränken und zudem sei die Frage der Finanzierung zu klären.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag auf Drucksache 16/10264 abzulehnen.

Berlin, den 12. November 2008

Uwe Beckmeyer
Berichterstatter

